

 > Politik > Deutschland > Verfassungsschutz-Urteil zur AfD: Ganz Deutschland diskutiert über einen Bericht, den keiner gelesen hat

Verfassungsschutz-Urteil zur AfD

Ganz Deutschland diskutiert über einen Bericht, den keiner gelesen hat



©Julian Stratenschulte/dpa



Rainer Zitelmann

Montag, 05.05.2025, 10:28



In Deutschland findet eine hochemotionale Diskussion über den Verfassungsschutzbericht zur AfD statt. Aber wer hat die 1100 Seiten gelesen?

ANZEIGE

Das ZDF bringt eine Sondersendung über den [Bericht des Verfassungsschutzes zur AfD](#) und die ARD kündigt als Konsequenz an, künftig in ihren Beiträgen die AfD stets [als „gesichert rechtsextrem“](#) zu bezeichnen. Georg Restle, Leiter des ARD-Magazins Monitor, schreibt auf X: "AfD jetzt ‚gesichert rechtsextremistisch‘. Eine Entscheidung, die Folgen haben muss, auch für den ÖRR. Eine ‚Gleichbehandlung‘ von Rechtsextremisten verstößt gegen den Programmauftrag. Verfassungsfeinden darf keine Bühne gegeben werden. Nicht in Talks, nicht in der Tagesschau."

ANZEIGE

Soll das heißen, dass die tagesschau künftig keine Interviews mehr mit [AfD-Politikern](#) bringen und nicht mehr über deren Parteitage berichten oder keine Auszüge aus Bundestagsreden von AfD-Politikern mehr senden soll?

Hat Restle den Bericht überhaupt gelesen (und wenn ja, warum konnte er ihn lesen?) oder vertraut er staatlichen Behörden blind – was ein merkwürdiges Berufsverständnis für einen Journalisten wäre. Da das Gutachten geheim ist, kann man davon ausgehen, dass keiner oder kaum einer der Journalisten, die sich dazu äußern, und kaum ein Politiker, der darüber diskutiert, es gelesen hat.

ANZEIGE

Im Presseclub am Sonntag informierte allerdings die "Spiegel"-Redakteurin Melanie Amann, dass dem "Spiegel" die 1100 Seiten vorliegen. Eigenartigerweise fragte keiner in der Runde, warum der "Spiegel" ein Dokument hat, das die anderen Medien und auch die AfD selbst nicht haben. Alle waren sich in der Runde einig, dass das Gutachten im Ergebnis richtig sei, obwohl es keiner gelesen hatte.

CDU-Politiker: AfD „ausschalten“

Es ist absurd, dass Journalisten und Politiker erklären, der Bericht bestätige dies oder jenes, ohne ihn zu kennen. Der Vorsitzende der Linken, Jan van Aken, meinte gestern, durch den Bericht habe sich seine Meinung geändert: Die AfD solle verboten werden.

ANZEIGE

Dieser Glaube an die Unfehlbarkeit des Gutachtens eines Inlandsgeheimdienstes (das vermutlich auch van Aken nicht gelesen hat) mutet eigenartig an bei einer Partei, die bis vor Kurzem die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes erhob. Und deren Co-Vorsitzende gestern im Interview forderte, „die Systemfrage zu stellen“. Wie wohl eine solche Formulierung von einem AfD-Politiker bewertet werden würde?

ANZEIGE

Der CDU-Politiker Marco Wanderwitz sieht nach dem Bericht bessere Voraussetzungen für ein Verbot der AfD. „Ich denke schon, dass die heutige Hochstufung seitens des Bundesamts für Verfassungsschutz, die ja auf über tausend Seiten mit Fakten hinterlegt ist, eine neue Lage geschaffen hat“, sagte der Mitinitiator eines AfD-Verbotsverfahrens bei RTL und ntv.

Und er fährt fort: „Solange die AfD so wirkmächtig ist, wie sie ist, täglich analog und digital, ihre Anhängerinnen und Anhänger mit Hass, Hetze und ihren extremistischen Positionen befüllt“, sei es „faktisch unmöglich“, „die übergroße Zahl der Wählerinnen und Wähler der AfD, auch diejenigen unter ihnen, die kein gesichert rechtsextremistisches Weltbild haben, wieder anzusprechen für demokratische Parteien.“ Deshalb müsse die AfD „sozusagen ausgeschaltet werden, wenn wir da Erfolg haben wollen“. Eine abenteuerliche Argumentation.

ANZEIGE

Innenministerin Nancy Faeser hat das Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ offenbar nicht einmal geprüft. Das berichtet "Bild" unter Berufung auf Unions- und Sicherheitskreise.



Demnach habe die Innenministerin trotz der fachlichen Zuständigkeit für den Inlandsgeheimdienst keine interne Evaluierung des neuen Gutachtens durchgeführt, bevor sie verkündete, die AfD werde neu eingestuft. Interessant wäre die Frage, ob Faeser die 1100 Seiten selbst gelesen hat. Merkwürdigerweise hat ihr kein Journalist diese Frage gestellt.

ANZEIGE

Warum werden die 1100 Seiten nicht veröffentlicht?

Das Gegenargument lautet, der Bericht könne nicht veröffentlicht werden, um „Quellen zu schützen“, gemeint sind wohl Informanten des Verfassungsschutzes in der AfD. Ein zweites Gegenargument lautet, die AfD werde den Bericht ja noch früh genug lesen können, nämlich wenn sie dagegen klage. Allerdings mit geschwärzten Stellen.

Beide Argumente passen nicht zusammen. Wenn die AfD den Bericht später ohnehin lesen darf (mit geschwärzten Stellen), warum dann nicht gleich?

ANZEIGE

Ohnehin darf man vermuten, dass Berichte von Informanten, die man schützen will, nur einen ganz kleinen Prozentsatz des Berichtes ausmachen, der sich wohl vorwiegend auf öffentlich zugängliche Quellen stützen wird. Das sind alles jedoch Spekulationen, weil fast keiner derjenigen, die über den Bericht diskutieren, ihn kennt, auch nicht der Verfasser dieser Zeilen.

ANZEIGE

Der Verdacht liegt nahe, dass das Gutachten vor allem deshalb nicht veröffentlicht wird, weil man fürchtet, dass sich darin zu viele angreifbare Stellen finden könnten.

ANZEIGE

Indiz für Rechtsextremismus?

Nach Recherchen der "Welt" nennt das Gutachten unter anderem folgendes Beispiel, das die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistische“ Partei belegen sollte: Martin Reichardt, Mitarbeiter des Bundestages, kritisierte im November auf der Plattform X eine „verfehlte Migrationspolitik“:

„Verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch habe zum 100.000-fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt.“

ANZEIGE

Ich vermute, wenn man dieses Statement in einer Meinungsumfrage den Deutschen vorlegte, dass die Mehrheit der Wähler aller Parteien – mit Ausnahme der Grünen und möglicherweise auch der Linken – zumindest zu der Tendenz dieser Aussage Zustimmung bekunden würde.

Natürlich ist das Zitat nur eines von vielen Beispielen, aber dies zeigt, dass es wichtig wäre, die anderen Zitate und Belegstellen, die der Verfassungsschutz anführt, kritisch unter die Lupe zu nehmen. Journalisten, die – ohne den Bericht zu lesen – seine Folgerungen ungeprüft und unkritisch übernehmen, machen sich damit zu Regierungssprechern oder Sprechern des Inlandsgeheimdienstes. Denn ihre Aufgabe wäre es, kritisch die Argumente abzuwägen.

ANZEIGE

Gedankenexperiment: Morgen gibt es ein Gutachten des Verfassungsschutzes, wonach die Grüne Jugend linksextrem, verfassungsfeindlich sei. Würden dann ARD, ZDF und unzählige andere Journalisten die Folgerung unkritisch übernehmen, auch wenn sie keine Seite aus dem Gutachten lesen dürfen?

Ich selbst sehe die Entwicklung der AfD in den vergangenen zehn Jahren kritisch, besonders die Verharmlosung Putins durch den AfD-Vorsitzenden Chrupalla, dessen Reden klingen, als seien sie im Kreml geschrieben. Von 16 AfD-Gründern sind heute nur noch drei in der Partei, viele Wirtschaftsliberale sind ausgetreten. Gleichzeitig ist der Einfluss von nationalen Sozialisten wie Björn Höcke massiv gewachsen.

Aber charakteristisch für die Diskussion ist, dass oft schon die Kritik am Umgang mit der AfD im Zusammenhang mit dem Gutachten – vorsichtig gesagt – als Indiz für eine Nähe zu der Partei oder eine Sympathie für deren Positionen gewertet wird.

kritisiert wird, finde ich alarmierend. Es wäre die Aufgabe einer liberalen Partei, die zunehmende Einschränkung von Bürgerrechten mit deutlichen Worten zu kritisieren.

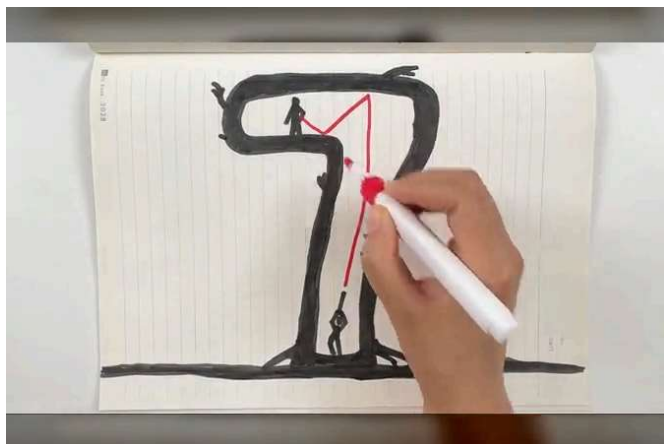
ANZEIGE



Anzeige - Solaranlagen Magazin

Tüftler bricht Schweigen: Hausbesitzer sollten kein Solar kaufen, sondern...

Anzeige - Top Strategiespiel 2025

Wenn du Zeit am Computer vertreiben musst, ist dieses Spiel ein Muss in...

Anzeige - Stormshot



Anzeige - Solaranlage fürs Dach